

Kontroverse
zwischen Kirche und Staat
im US-Wahlkampf

„Common Good“ oder „Pursuit of Happiness“?

Ferdinand Oertel

Mitte Februar erhielt der Erzbischof von New York, Timothy M. Dolan, unerwartet einen Anruf von US-Präsident Barack Obama. Dieser wollte den Präsidenten der US-Bischöfskonferenz vorab darüber informieren, dass er eine Revision der Vorschriften zum Mandat der Gesundheitsreform in puncto Verhütungsmittel veranlasst habe. Diese Anordnung war von der Bischöfskonferenz als Eingriff in die Religionsfreiheit kritisiert worden. Der persönliche Anruf Obamas zeigte, dass er einen Vorgang zur Chefsache gemacht hat, der nicht nur für das Verhältnis der Regierung zur größten Religionsgemeinschaft in den USA, der katholischen Kirche, von großer Bedeutung ist, sondern auch für die diesjährigen Präsidentschaftswahlen.

Der Anruf hat eine längere Vorgeschichte, die mit dem Prestigeprojekt des amerikanischen Präsidenten zusammenhängt, der Gesundheitsreform. Deren Verabschiedung durch die Obama-Regierung führte schon im Herbst vorigen Jahres zu öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen den katholischen Bischöfen und dem Gesundheitsministerium. Ausgangspunkt waren Ausführungsbestimmungen, die unter anderem vorsahen, dass auch kirchliche Gesundheitsdienste und darin Tätige allen obligatorisch Versicherten Mittel zur Verhütung von Nachwuchs zur Verfügung stellen müssen. Da dies sowohl Kondome, Verhütungs- und Abtreibungspillen als auch Sterilisation umfasst, rief es sofort starken Protest fast

aller christlichen Religionsgemeinschaften sowie jüdischen und islamischen Institutionen hervor, die mit dem Gesundheitswesen befasst sind.

Am stärksten engagierten sich die katholischen Bischöfe, die zu der Obama-Regierung bereits von Anfang an in einem Spannungsverhältnis stehen. Schon vor den letzten Wahlen 2008 hatten sie sich für einen umfassenden gesetzlichen Schutz des menschlichen Lebens „von der Zeugung bis zum Lebensende“ eingesetzt und durchblicken lassen, dass ihre Vorliebe den republikanischen Kandidaten für Kongress und Präsidentschaft galt, weil diese eine „Pro-Life“-Linie vertraten, während die Demokraten für „Pro Choice“ stehen und damit für liberale Positionen in Abtreibung, Homo-Ehe und aktiver Sterbehilfe.

Kommission für Religions- und Gewissensfreiheit

Im Oktober 2011 erlebte die politische Öffentlichkeit in den USA einen unerwarteten katholischen Paukenschlag: Die Bischöfskonferenz gab bekannt, dass sie ein „Ad-hoc-Komitee zur Religionsfreiheit“ eingerichtet habe. Der inzwischen zum Kardinal erhobene Vorsitzende Erzbischof Dolan begründete dies damit, dass in jüngster Zeit eine Reihe von Verordnungen und Gesetzen der Obama-Regierung sowie einzelner Bundesstaaten die verfassungsmäßig geschützte freie Religionsausübung sowie die Gewissensfreiheit gläubiger Menschen so stark wie nie zuvor bedroht. Dabei verwies er nicht

nur auf Ausführungsbestimmungen zur staatlichen Gesundheitsreform, die kirchliche Institutionen und konfessionelle Mitarbeiter im Gesundheitsdienst zwingen, gegen ihre Glaubensprinzipien zu verstoßen und gegen ihr Gewissen zu handeln, sondern auch auf die Erklärung des Justizministeriums, dass der „Defense of Marriage Act“ zum Schutz der traditionellen Ehe zwischen Mann und Frau aus der Clinton-Zeit überholt sei, weil gleichgeschlechtlichen Verbindungen dieselben Rechte zuständen.

Das Ad-hoc-Komitee, so erklärte dessen Vorsitzender, der inzwischen zum Erzbischof von Baltimore ernannte Bischof William L. Lori, werde mit nationalen Gesundheitsverbänden, Vertretern anderer Religions- und Glaubensgemeinschaften sowie Wissenschaftlern zusammenarbeiten, um „den Schutz und die Würde menschlichen Lebens auf allen Ebenen zu verteidigen“. Das gelte auch für die liberalen politischen Positionen der Demokraten in Fragen der embryonalen Stammzellenforschung und der aktiven Sterbehilfe, die gegen die katholische Lehre verstießen. In einer Anhörung vor einer Unterkommission des Justizministeriums forderte Erzbischof Lori das republikanisch beherrschte Repräsentantenhaus auf, endlich auch den „Respect for Rights of Conscience Act“ zu verabschieden.

Die politischen Entwicklungen unter der Obama-Regierung sah der Präsident der Bischofskonferenz als so bedrohlich für das gesellschaftliche Engagement der Kirche an, dass er um ein Privatgespräch bei Präsident Barack Obama bat, das am 8. November vorigen Jahres stattfand. Darüber berichtete Dolan eine Woche später seinen Kollegen auf der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz: Der US-Präsident habe sich sehr offen für die Besorgnisse der Kirche um die freie Religionsausübung gezeigt, sodass er – Dolan – trotz einiger unterschiedlicher

Auffassungen Möglichkeiten für Kompromisse sehe. Voraussetzung für die Kirche bleibe jedoch, dass ihre Prinzipien nicht eingeschränkt würden.

Enttäuschung und Protest

Keine zwei Monate später, im Januar, wurde diese Hoffnung jedoch gleich doppelt enttäuscht. Erstens enthielten die vom Gesundheitsministerium erlassenen Durchführungsbestimmungen weiterhin die Anordnung, dass Krankenversicherungen und Gesundheitsdienste „alle vorbeugenden Gesundheitsmittel“ kostenfrei zur Verfügung stellen müssen, darunter auch zur Verhütungsvorsorge für Frauen. Ausgenommen wurden nur rein kirchliche Institutionen mit kirchlichen Angestellten. Dies wiesen die Bischöfe und kirchlichen Gesundheitsdienste als völlig unzulänglich zurück, sowohl weil die meisten der über sechshundert katholischen Krankenhäuser inzwischen keine rein kirchlichen Träger mehr haben als auch viele Katholiken im öffentlichen Krankendienst tätig sind.

Zweitens verärgerte die Bischöfe, dass Präsident Obama anlässlich des Jahrestages des Abtreibungsurteils von 1973 in Washington erklärte, für ihn sei das Recht der Frauen auf „free reproductive choice“ ein vorgegebenes Verfassungsrecht. Er wiederholte lediglich seinen Appell an die Nation, zusammenzustehen, „um die Zahl der Abtreibungen zu verringern und gesunde Partnerschaften und Adoptionen zu fördern“. Danach verstärkten sich die kirchlichen Proteste gegen die Mandatsanordnung des Gesundheitsministeriums so stark, dass der Präsident einen Monat später selbst eine „Reform“ ankündigte und, wie erwähnt, Kardinal Dolan vorher darüber persönlich informierte. Damit, so Obama, sei eine Gesundheitspolitik gegeben, „die Religionsfreiheit ebenso wie Wahlfreiheit für Frauen gewährleistet“.

Als sich jedoch herausstellte, dass die von Obama angekündigte Reform nur aus geringen Erweiterungen von Ausnahmen für religiös gebundene Gesundheitsdienste und Mitarbeiter sowie einer Kostenverlagerung auf die Versicherungen bestand, gruben die Bischöfe endgültig das Kriegsbeil aus und riefen ihre Gläubigen zu Protestmärschen, Protestbriefen an den Kongress sowie Gebets- und Fastengottesdiensten zur Erhaltung der Religionsfreiheit auf. Mit ihrer Ablehnung standen sie nicht allein: In einem Brief an Obama bezeichneten dreihundert führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die Reform ebenfalls als unzureichend. Schon die Verlagerung der Kosten, hieß es in dem Brief, stelle „eine Beleidigung der Intelligenz“ von Katholiken, Protestanten, Griechisch-Orthodoxen, Juden und Muslimen dar, wenn Washington annehme, sie würden aufgrund eines Rechentricks den Vorwurf des Eingriffs in die Religionsfreiheit fallen lassen.

Selbst ein zusätzlicher Vorschlag des Gesundheitsministeriums, dann die Kosten durch „neutrale Sponsorenagenturen“ aufbringen zu lassen, konnte die Ablehnung dieses erneut modifizierten Mandats nicht aufheben. Im Gegenteil, die öffentlichen Streitereien gingen verstärkt weiter, sodass in den Medien zunehmend von einem „lächerlichen Klein-Klein-Krieg“ gesprochen wurde.

Verfolgen Bischöfe falsche Strategie?

Mitten in diese Auseinandersetzung platzte ein Artikel in der Jesuitenzeitschrift *America* hinein. Unter der Überschrift „Policy, not Liberty“ wurde in einem Leitartikel sowohl der Ton der Bischöfe als auch ihre gesamte Strategie der Opposition zum Verhütungsmandat in der Gesundheitsreform hinterfragt. Die Autoren kommen zu dem Schluss: „Durch diese Ausweitung der Strategie über die (bedrohte) Religionsfreiheit zur

Absicherung der positiven Punkte der Gesundheitsvorsorge entwertet die Kampagne den Wert der religiösen Freiheit.“ Der ursprünglich erfolgreiche Kampf der Bischöfe gegen ein uneingeschränktes Mandat sei tatsächlich ein Kampf um Religionsfreiheit gewesen, doch die jüngsten Kampagnen verwechselten die Gesundheitsvorsorge mit Verhütungsfinanzierung.

Man verkenne, dass die revidierte Verwaltungsanordnung – wenn auch noch verbesserungsfähig – „grundsätzlich genau das ist, was die katholische Soziallehre von Regierungen erwartet: sich widersprechende Rechte zum Wohle aller zu koordinieren“. Der Leitartikel geht noch weiter und schließt mit der Feststellung: „Solche überzogenen Proteste zeigen zudem Respektlosigkeit gegenüber der Freiheit, die Katholiken in den Vereinigten Staaten erfahren; eine Freiheit, die ein Modell für die Welt ist – und für die Kirche.“ Damit versuchte die Zeitschrift offenbar, den Streit auf eine breitere Basis zurückzuführen: einerseits auf die Grundlagen des im Konzilsdokument über die Religionsfreiheit fixierten neuen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, andererseits auf die Verfassung der Vereinigten Staaten. Das bleibt allerdings ein umstrittenes Konfliktfeld, besonders im amerikanischen Wahlkampf.

Das heutige Zweiparteiensystem hat sich in den USA im neunzehnten Jahrhundert entwickelt. Die Demokratische Partei ist die älteste und führt ihre Ursprünge auf Präsident Thomas Jefferson zurück. 1792 gegründet, rückte sie von Anfang an die soziale Komponente in den Vordergrund und somit das, was als „common good“ gilt und allen Bürgern gleichermaßen zugutekommen soll. Deshalb wurde sie in den folgenden Jahrzehnten zur Partei der ärmeren Einwandererschichten und Unterprivilegierten, wozu als weithin unwillkommene „Papisten“ auch die Katholiken zählten.

Die erst 1854 gegründete Republikanische Partei beanspruchte, strikt die Freiheit des Einzelnen zu sichern und sein verfassungsmäßig verankertes persönliches „Fortune“ zu ermöglichen (*pursuit of happiness*). Da dies im puritanisch-protestantischen Sinne bei einem wohlgefalligen Leben zum irdischen Erfolg führt, wurden die Republikaner zur Partei der weißen Reichen. Ihre Devise: So wenig Staat wie möglich.

Katholiken seit Kennedy Wechselwähler

Katholiken galten bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts dementsprechend als fester Wahlblock der Demokraten. Nachdem sie es 1961 geschafft hatten, mit John F. Kennedy den ersten katholischen US-Präsidenten zu küren, änderte sich ihr Wahlverhalten: Sie wurden zu Wechselwählern. Dabei spielten mehrere Entwicklungen eine Rolle, unter anderem die Tatsache, dass die Katholiken immer stärker in den Mainstream der US-Gesellschaft eintauchten. Entscheidend für die Kehrtwende zu den Republikanern wurde das Urteil des Obersten Verfassungsgerichtes von 1973 über die Freigabe der Abtreibung. Die Republikaner verschrieben sich dem Kampf um den „Schutz des Lebens“, auch des ungeborenen, während die Demokraten das Recht der Frau auf Selbstbestimmung betonten. Die katholischen Wähler entschieden sich fortan mit knappen Mehrheiten fünfmal für Republikaner (Nixon, Ford, Reagan, sowie Bush senior und junior), nur noch dreimal für Demokraten (Johnson, Carter und Clinton).

Vor der Wahl 2008, als nach den zwei republikanischen Amtsperioden George W. Bushs politische Richtungswahlen anstanden, beschloss die Bischofskonferenz, erstmals ein gemeinsames Wahlhirtentwort mit lehramtlichem Charakter zu erstellen. Dessen Titel *Forming Consciences for Faithful Citizenship – A Call to Political*

Responsibility rückte die Gewissensbildung in den Mittelpunkt. Dabei ragte für die Beurteilung von politischen Positionen der Kandidaten eine Feststellung heraus: dass jeder Katholik moralisch verpflichtet sei, im politischen Leben nicht nur „die wichtigste Frage der Abtreibung“ zu beachten, sondern auch die Fragen von Familie, Armut, Sozialgerechtigkeit, Umwelt und Frieden“.

Zur Präsidentschaftswahl 2012 erhielt dieser Hirtenbrief eine neue „Introduction Note“, in der offenbar mehrdeutige Ausführungen zu Gewissensentscheidungen über moralische Positionen präziser gefasst werden. Diese Einführung dürfte unter anderem deshalb zustande gekommen sein, weil der für die Bischöfe unerwartete Sieg der Demokratischen Partei im Jahr 2008 von einigen Hardlinern auch darauf zurückgeführt worden war, dass politische Parteigruppen wie „Catholic Democrats“ und „Catholics United“ bestimmte Passagen aus dem Wahlhirtentext von 2007 „als Rosine herausgepickt“ hatten, um Katholiken die Wahl von Demokraten für zulässig zu erklären.

„Es mag Zeiten geben“, heißt es unter Nr. 35 in „Forming Consciences“, „in denen ein Katholik, der eine unakzeptable Position ablehnt, sich (doch) für diesen Kandidaten aus anderen schwerwiegenden moralischen Gründen entscheidet.“ Die neue Einleitung warnt nun einerseits vor „fehlgeleiteten Gewissensansprüchen“, andererseits aber auch davor, Gewissensentscheidungen nur auf „ein oder zwei Gebiete zu beziehen“. Unter sechs Themen für moralische Grundentscheidungen werden neben Abtreibung auch „andere Bedrohungen des Lebens und der Würde derer (genannt), die verwundbar, krank und unerwünscht sind“.

An zweiter Stelle steht Gewissensfreiheit, gefolgt vom Schutz der Ehe, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Armut

und Hunger, Reform der Einwanderungsgesetze und Kampf gegen Krieg, Terror und Gewalt sowie für Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden vor allem im Heiligen Land und Mittleren Osten.

Diese Präzisierungen fanden selbst in der säkularen Presse großes Lob. Laut *Washington Post* machten sie deutlich, dass die Moral der Kirche und ihre Soziallehre jede Parteipolitik übergriffen und erforderten, jegliche ideologische Fragmentierung der amerikanischen Politik zu überwinden.

Spannungen bleiben

Doch Obama selbst hat Anfang Mai die ideologischen Gräben noch vertieft, als er in einem Fernseh-Interview erklärte, „gleichgeschlechtlichen Partnern sollte es möglich sein zu heiraten“. Er bezeichnete diese Aussage zwar als „persönliche Meinung“, denn die gesetzliche Regelung solle „Sache der einzelnen Bundesstaaten bleiben“, doch die Befürworter der Gleichstellung von Homo- und Lesben-Ehen mit der traditionellen Ehe bejubelten Obamas „outing“ als „historischen Sieg“.

Das Bekenntnis des Präsidenten kommt jedoch nicht überraschend, jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt. Sein Justizministerium hatte schon vor ein paar Monaten den aus Clintons Zeit stammenden „Defence of Marriage Act“, der noch in der Mehrzahl der Bundesstaaten gültig ist, als „überholt“ bezeichnet. Tatsächlich scheint Obamas Eintreten für gleichgeschlechtliche Ehen wahltaktisch zu sein: Er will vor allem junge Wählerschichten gewinnen, die „modern denken“. Doch für Mitt Romney, seinen republikanischen Herausforderer, ist Obamas Bekenntnis eine Steilvorlage: Der Mormone tritt für den Schutz der traditionellen Ehe ebenso wie für Ge-

wissensfreiheit im Gesundheitswesen ein. Deshalb wird in Kommentaren auch von einem „Bekenntnis mit Risiko“ geschrieben, das Obama ablegte. Denn vor vier Jahren wurde er unter anderem mit der Mehrheit von Katholiken, Evangelikalen und *Hispanics* gewählt. Und diese treten weiterhin wie Mormonen und auch Juden für den Schutz der traditionellen Ehe ein. Neue Umfragen haben zudem ergeben, dass die Mehrheit der Wähler in wahlentscheidenden Staaten wie Ohio gegen die Gleichstellung von zusammenlebenden Paaren von Männern und Frauen sind. Solche *Civil Unions* sind bislang nur in sechs Bundesstaaten erlaubt, in dreißig jedoch gesetzlich verboten.

Die Reaktion der Bischöfe auf Obamas Äußerung ist weniger Empörung als mehr Betroffenheit. Kardinal Dolan erklärte, er sei nicht überrascht, sondern „traurig“. Und als einen Tag nach Obamas Erklärung in North Carolina, wo Obama nach dem Sommer den Wahlkampf gegen Mitt Romney eröffnen will, gleichgeschlechtliche Ehe gesetzlich verboten wurden, sah der Vorsitzende der Ehe-Kommission, Bischof Salvatore Cordileone, darin eine ermutigende Bestätigung der Rolle, die „die Ehe als Verbindung eines Mannes mit einer Frau für das Common Good spielt“. Vor dem amerikanischen Unabhängigkeitstag am 4. Juli wird in allen Bistümern sowieso eine „Fortnight for Freedom of Religion“ durchgeführt.

„Common Good“ oder „Pursuit of Happiness“? Schutz der Werte des Lebens oder individuelle Verfügung? Pro Life oder Pro Choice? Republikaner oder Demokraten? Romney oder Obama? Auch nach der diesjährigen Präsidentschaftswahl werden zwischen Staat und Kirche Spannungen alter und neuer Art bestehen bleiben.